Freie Demokraten
FDP

Antragsbuch
zum Bezirksparteitag der FDP OWL
am
04. April 2025

AO1:

Kein Flickenteppich sondern klare Standards bei der Bezahlkarte für Geflüchtete

Antragssteller: Bezirksvorstand

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1. **Kein kommunaler Flickenteppich!** Die FDP in OWL unterstützt die flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ausdrücklich und fordert eine landesweit einheitlich ausgestaltete Einführung der Bezahlkarte durch das Land Nordrhein-Westfalen.

2. **Verbindliche und einheitliche Standards statt kommunalem Wirrwarr!** Die FDP in OWL fordert die NRW-Landesregierung auf die in § 1 Absatz 3 Nummer 4 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vorgesehene Opt-Out-Regelung für Kommunen umgehend wieder zu streichen.

3. **Wer bestellt, bezahlt!** Die FDP in OWL fordert die NRW-Landesregierung auf, die Städte und Gemeinden bei der einheitlichen Einführung einer Bezahlkarte strukturell und finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Eine einheitlich ausgestaltete Bezahlkarte für Ayslbewerberleistungen ist ein Baustein zur besseren Steuerung von Migration sowie zur Reduzierung von Pull-Faktoren und des bürokratischen Verwaltungsaufwands. Die einheitliche Einführung wird jedoch durch die schwarz-grüne Landesregierung in NRW mit der Einführung einer Opt-Out-Regelung im Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) gezielt untergraben. Letztere erlaubt es Kommunen, die Bezahlkarte zu umgehen, was bereits jetzt zu einem Flickenteppich uneinheitlicher Regelungen geführt hat. Die mit der Bezahlkarte

beabsichtigte Reduzierung von Pull-Faktoren erfordert jedoch eine einheitliche Umsetzung. Eine unterschiedliche Anwendung der Bezahlkarte in benachbarten Kommunen wird beispielsweise sowohl bei den Geflüchteten als auch im Einzelhandel zu Verwirrung führen. Sie würde auch bei den Bürgerinnen und Bürgern politisch keine Akzeptanz finden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

AO2:

Förderung von On-Demand-Verkehrslösungen zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum

Antragsteller: Cedric Rebbe (KV PB), Felix Abruszat (KV MI)

Beschlussvorschlag:

Die Mobilität im ländlichen Raum ist eine zentrale Herausforderung für gleichwertige Lebensverhältnisse. Klassische ÖPNV-Angebote wie Linienbusse oder Bürgerbusse stoßen aufgrund geringer Nachfrage, hoher Betriebskosten und begrenzter Flexibilität an ihre Grenzen. Innovative, bedarfsgerechte Mobilitätskonzepte sind notwendig, um den öffentlichen Verkehr effizienter, umweltfreundlicher und attraktiver zu gestalten.
Die FDP OWL fordert daher die regionalen Aufgabenträger auf, ein Förderprogramm zur Einführung und Stärkung von On-Demand-Verkehrslösungen im ländlichen Raum zu entwickeln. Dieses soll insbesondere alternative Modelle außerhalb klassischer Verkehrsmittel unterstützen, darunter:

1. Carsharing-Modelle mit E-Fahrzeugen
o Förderung von stationsbasierten und flexiblen (free-floating) Carsharing-Angeboten in ländlichen Regionen
o Kooperationen mit Kommunen, lokalen Unternehmen und Genossenschaften zur Bereitstellung von Fahrzeugen und Ladeinfrastruktur
o Integration in bestehende ÖPNV-Tarifsysteme und -Mobilitätsplattformen

2. On-Demand-Fahrdienste (Ride-Pooling, Ride-Hailing)
o Einrichtung oder Integration bestehender flexibler Kleinbus- oder Sammeltaxi-Dienste (bspw. Bürgerbusse), die per App oder Telefon buchbar sind
o Systeme mit virtuellen Haltestellen, um Mitnahmemöglichkeiten an flexiblen Orten zu schaffen
o Kooperationen mit privaten Anbietern oder gemeinnützigen Initiativen

o Entwicklung intelligenter Routenführungssysteme zur Optimierung der Fahrten

3. Mitfahrplattformen und digitale Fahrgemeinschaften

o Aufbau und Förderung lokaler digitaler Mitfahrbörsen (z. B. über kommunale Apps)

o Entwicklung oder Einbindung bestehender digitaler Plattformen zur Koordination

o Kooperation mit Unternehmen, um Fahrgemeinschaften für Pendler zu fördern

4. Förderung intermodaler Verkehrslösungen

o Ausbau von Mobilitätsstationen mit Carsharing-, Bike-Sharing- und E-Scooter-Angeboten

o Vernetzung mit bestehenden Bahn- und Busverbindungeno Entwicklung von Mobilitäts-Apps zur besseren Verknüpfung der Angebote

5. Finanzielle Anreize und Fördermöglichkeiten

o Bereitstellung von Fördermitteln für Kommunen zur Erprobung innovativer Verkehrskonzepte

o Unterstützung lokaler Initiativen und Genossenschaften bei der Umsetzung von Mobilitätsprojekten

o Steuerliche Anreize für Unternehmen, die alternative Mobilitätsangebote für ihre Mitarbeiter bereitstellen

o Subventionierung von Mitfahrangeboten als Teil des öffentlichen Verkehrsangebots nach den bereits geltenden Richtlinien

Begründung:

Erfolgt mündlich.

AO3:

Bundeswehr in der Öffentlichkeit –
Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Antragssteller: Bezirksvorstand

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Beschluss

1. Die FDP in Ostwestfalen-Lippe spricht sich gegen Werbeverbote für die Bundeswehr im öffentlichen Raum aus. Im Gegenteil sind unseren Streitkräften öffentliche Werbemöglichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden ohne Verrechnung anzubieten (z.B. an und in öffentlichen Gebäuden, auf öffentlichen Plätzen oder im Rahmen von temporären Sonderplakatierungen (Wesselmänner u.ä.).

2. Jugendoffizieren der Bundeswehr ist grundsätzlich die Möglichkeit zu geben, in Schulen über die Bundeswehr zu informieren. Der aus den 70er Jahren stammende sog. „Beutelsbacher Konsens“ ist dahingehend anzupassen, dass die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigungsbereitschaft durch die Bundeswehr bereits gesellschaftlicher Konsens ist und keiner zwingenden Gegenüberstellung zu anderen Positionen bedarf. Die FDP-Landtagsfraktion wird gebeten, entsprechende Initiativen zu ergreifen.

3. Die FDP in Ostwestfalen-Lippe spricht sich für die Abschaffung sogenannter Zivilklauseln aus, die Forschungsvorhaben an Hochschulen verbietet, wenn diese auch militärisch genutzt werden können. Die FDP-Landtagsfraktion wird gebeten zu eruieren, wie dies unter Berücksichtigung der Hochschulautonomie ggf. gesetzgeberisch erreicht werden kann.

Begründung

Die Bundeswehr ist der deutsche Beitrag für die äußere Sicherheit unseres Landes und der der Bündnispartner in der NATO. Sie muss in der Lage sein, jeden Gegner jederzeit und glaubwürdig abzuschrecken, um so den Frieden für das Bündnisgebiet zu garantieren. Dafür brauchen unsere Streitkräfte eine gute materielle und personelle Ausstattung.

Die Stärkung der Bundeswehr ist daher im überragenden öffentlichen Interesse. Ihr ist mit hoher Priorität privilegierter Zugang in der Öffentlichkeit zu gewähren. Die Bundeswehr und ihre Soldaten zu verunglimpfen, an den Rand zu drängen oder allenfalls verschämt passiv hinzunehmen, ist spätestens angesichts der aktuellen Bedrohungslage geradezu selbstmörderisch.

Erfolgt mündlich